NIEDERSCHRIFT HFA/0038/2019

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 17.09.2019 im
Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Herr Winfried Heymanns Vertretung für Herrn
Carsten Rampe

Frau Margarete Köhler
Herr Thomas Tauber
Herr Ulrich Schlieker
Herr Hans-Günther Wilkens Vertretung für Frau
Maggie Rawe

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Frau Marion Lammers
Frau Marion Kessens nur ö. S.
Frau Jutta Kentrup
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Gast:

Herr Frank Wieland

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Finanzausschussbericht 2019; hier: Entwicklung der Ergebnisplanung sowie der Investitionen im Vergleich zur Planung**
Frau Lammers berichtet über den Stand der Ausführung des Haushaltes

2019. Der Finanzzwischenbericht ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** im Ratsinformationssystem beigefügt.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Finanzzwischenbericht 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Stimmabgabe: einstimmig

**2. Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 13.09.2017
hier: Touristisches Hinweisschild an der A 43**

Herr Lennertz führt aus, dass das Hinweisschild die Region Baumberge widerspiegeln und er dem zustimmen könne.

Das Schild sei grafisch sehr gut gelungen, so Herr Schlieker, allerdings sollte nachgefragt werden, ob das Schild, wie ursprünglich beantragt, auch an der A 1, die deutlich stärker frequentiert sei, aufgestellt werden könne.

Frau Dirks und Herr Messing erläutern, dass das Schild die Aufmerksamkeit der Autofahrer auf die Baumberge-Region lenken solle und die Silhouette der Baumberge entlang der A 43, anders als entlang der A 1, deutlich zu erkennen sei.

Frau Dirks sagt dennoch zu, bei der Bezirksregierung bzgl. eines Standortes an der A 1 nachzufragen.

Herr Tauber regt an, getrennt über die Dringlichkeitsentscheidung mit Bereitstellung der Mittel und über das touristische Hinweisschild abzustimmen. Er begrüße die Errichtung eines touristischen Hinweisschildes an der Autobahn, allerdings sei er mit der grafischen Aufbereitung nicht zufrieden, da Billerbeck in der Darstellung überhaupt nicht repräsentiert werde.

Frau Dirks gibt zu bedenken, dass bei einem gemeinschaftlichen Schild Kompromisse eingegangen werden müssten und nicht Havixbeck, Nottuln oder Billerbeck dargestellt werden sollen, sondern die Baumberge-Region.

Herr Heymanns macht deutlich, dass er Havixbeck und Nottuln auf dem Schild vertreten sehe, aber Billerbeck nicht. Er hätte es gerne gesehen, wenn auch der Dom abgebildet worden wäre.

Frau Kessens weist darauf hin, dass wenn der Dom berücksichtigt worden wäre, Nottuln auch den Turm von St. Martinus und Havixbeck die Burg Hülshoff in Form eines Buches präsentiert sehen wollten. Die Bezirksregierung hätte dem nicht zugestimmt.

Schließlich fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt im Rahmen eines Dring-

lichkeitsbeschlusses nach § 60 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW die Errichtung des Touristischen Hinweisschildes an der BAB A 43 und die Mittelbereitstellung für das Jahr 2020 in Höhe von 10.800 € für diesen Zweck.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Dem in der Anlage zur Sitzungsvorlage abgebildeten Hinweisschild wird zugestimmt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	5		
SPD Fraktion		2	1
Bündnis90/Die Grünen	2		
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

**3. Antrag der CDU Fraktion vom 19.06.2017
hier: Anerkennung der Stadt Billerbeck als staatlich anerkannter
Luftkurort gemäß § 11 KOG (Kurortegesetz NRW) durch die Bezirks-
regierung Münster**

Die Ausführungen von Frau Kessens zur Einführung sind dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Herr Lennertz widerspricht Frau Kessens und teilt mit, dass lt. Frau Gercke vom Dez. 31 bei der Bezirksregierung auch abundanten Kommunen jährliche Zuwendungen aus dem Finanzausgleich in Höhe von rd. 40.000,- € zur Verfügung gestellt würden. Ihm liege schriftlich vor, dass Billerbeck diese Mittel bekommen würde. Diesbezüglich habe es wohl ein Missverständnis in der Kommunikation gegeben.

Frau Dirks schlägt vor, im Zusammenhang mit dem in 2023 turnusmäßig erforderlichen Luftgutachten ebenfalls prüfen zu lassen, ob die klimatischen Voraussetzungen für einen Luftkurort gegeben wären und dann weiter zu sehen.

Herr Lennertz macht deutlich, dass die CDU-Fraktion genau das beantrage. Das Luftgutachten 2023 sollte abgewartet und bis dahin die im Masterplan Baumberge aufgeführten Maßnahmen umgesetzt werden.

Frau Mollenhauer möchte bis zur Ratssitzung die Diskrepanz bzgl. der jährlichen Zuwendungen an Kurorte geklärt haben.

Herr Wilkens weist darauf hin, dass einige der von Frau Kessens eingangs präsentierten Argumente gegen einen Luftkurort sehr erschlagend seien und er deshalb die Verwaltung bitte, die Entwicklung von Luftkurorten in den nächsten 4 Jahren im Auge zu behalten und hierüber zu infor-

mieren.

Herr Tauber macht deutlich, dass ihm die Schaffung der für einen Luftkurort erforderlichen Infrastruktur und deren Erhaltung zu kurz kämen. In Relation dazu seien die jährlichen Zuwendungen aus dem GFG in Höhe von 40.000,- € nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Darüber hinaus befürchte er Hemmnisse für die weitere Entwicklung von Gewerbe und Wirtschaft, wenn Billerbeck Luftkurort wäre. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Antrag ad acta zu legen und turnusgemäß ein Luftgutachten erstellen zu lassen, trage er mit, die Verwaltung sollte sich aber nicht, wie von Herrn Wilkens vorgeschlagen, weiter mit dem Thema Luftkurort beschäftigen.

Frau Dirks führt aus, dass man die Entwicklung der nächsten Jahre nicht absehen könne. Die Verwaltung werde diese aber im Blick haben und dann müsse man in 5 Jahren weitersehen.

Herr Ahlers zeigt sich erfreut, dass die Verwaltung die Aussicht auf die Anerkennung Billerbecks als Luftkurort heute viel positiver als in der Vergangenheit dargestellt habe, wobei die Frage nach dem Imagegewinn treffend gestellt sei. Er gehe davon aus, dass das Gutachten turnusgemäß 2023 in Auftrag gegeben und dann erneut über den Luftkurort beraten wird. Insofern müsste der Beschlussvorschlag geändert werden.

Der HFA fasst schließlich folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Ein Luftgutachten ist turnusgemäß in 2023 in Auftrag zu geben, um das Prädikat als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ zu halten. Im Anschluss daran wird über die Weiterentwicklung zu einem Luftkurort erneut beraten.

Bis zur Ratssitzung ist zu klären, ob auch abundante Kurorte jährliche Zuwendungen aus dem Finanzausgleich bekommen.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	5		
SPD Fraktion		3	
Bündnis90/Die Grünen	2		
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

**4. Antrag der Familien-Partei vom 04.09.2018
hier: Errichtung eines Mountainbike Parcours bzw. Mountainbike Parks**

Frau Kessens erläutert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage (siehe **Anlage 3** zur Niederschrift). Dabei stellt sie noch einmal heraus, dass Mountainbiker mit den im Masterplan Baumberge genannten Zielgruppen

wie Wanderer und Radfahrer korrelieren würden.

Herr Schlieker meint, dass der Antrag nicht fallengelassen werden sollte und auch nicht nur auf Billerbecker Terrain beschränkt, sondern auf Baumberge Ebene ausgedehnt werden sollte. Zwei Gründe sprächen für den Antrag, und zwar müsse man auf Dauer jüngeres Klientel in die Baumberge holen und zum anderen finde Mountainbiken sowieso überall statt, wodurch die Botanik und Fauna Schaden nähmen. Deshalb wäre es positiv, wenn ein Parcours oder eine Strecke ausgewiesen würde, wodurch die Konfrontation mit Wanderern und sonstigen Radfahrern ausgeschlossen würde.

Herr Messing entgegnet, dass selbst wenn ein Parcours oder eine Strecke ausgewiesen würden die Mountainbiker auch weiterhin in den Baumbergen fahren werden.

Frau Dirks sieht eine Steuerungsmöglichkeit ebenfalls nicht. Ein Mountainbike-Park wäre für die Jugendlichen vor Ort zwar eine gute Sache, es stünde aber im Stadtgebiet Billerbeck keine geeignete Fläche zur Verfügung. Auch in den anderen Baumberge-Gemeinden werde es keine Möglichkeit geben, weil es sich überall um Natur- und Landschaftsschutzgebiet handele.

Herr Tauber stellt voran, dass er sich zur heutigen Beratung die Anwesenheit eines Vertreters des Antragstellers gewünscht hätte. Er könne sich den Argumenten des Herrn Schlieker anschließen, denn ein Mountainbike-Parcours bzw. Mountainbike-Park wäre ein zusätzliches sportliches Angebot in einem abgegrenzten Bereich. Dadurch würde sich die Situation an anderer Stelle entschärfen.

Herr Schulze Thier macht deutlich, dass es im Landschaftsplan keine geeigneten Flächen für einen Mountainbike-Parcours oder –Park gebe. Die Naturschutzbehörde müsse immer wieder gegen Mountainbiker im Landschaftsschutzgebiet vorgehen, um die Natur zu schützen. Die Ausweisung eines städt. Mountainbike-Parcours würde noch mehr Mountainbiker nach Billerbeck und in die Baumberge locken. Die Baumberge seien für Mountainbiker aus Sicht des Naturschutzes nicht geschaffen.

Herr Lennertz hält fest, dass geeignete Flächen nicht zur Verfügung stehen, dennoch tue er sich grundsätzlich schwer, den Antrag ad acta zu legen. Wenn in Billerbeck keine Fläche zur Verfügung stehe, könnte evtl. versucht werden mit anderen Kommunen ins Gespräch zu kommen, um ggf. eine gemeinschaftliche Fläche zu finden.

Frau Kessens hält dem entgegen, dass es nicht gelingen werde, die Zielgruppe zu kanalisieren. Eine Mountainbike-Strecke müsste mindestens 5 km lang sein und die Baumberge seien nicht so groß, zudem seien die meisten Flächen mit Wanderwegen belegt. Aus touristischer Sicht sei das Thema Mountainbiken nicht interessant. Aus Sicht der Jugendlichen wäre das anders, aber ein Park oder Parcours scheiterten daran, dass hierfür keine Flächen zur Verfügung stünden.

Herr Messing schlägt vor, bis zur nächsten Ratssitzung eine Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde zur Ausweisung von Flächen in den Baumbergen für Mountainbiker einzuholen. Wenn von dort signalisiert werde, dass planungsrechtlich keine Flächen in Frage kommen, dann habe sich das Thema erledigt.

Herr Schlieker wiederholt seinen Vorschlag, in den Baumbergen gemeindeübergreifend eine Mountainbike-Strecke auszuweisen.

Herr Tauber schlägt vor, die Entscheidung heute zu vertagen. Für eine Beschlussempfehlung an den Rat müssten noch mehr Informationen eingeholt und die verschiedenen Möglichkeiten geprüft werden.

Frau Dirks weist noch einmal darauf hin, dass in Billerbeck kein Grundstück zur Verfügung stehe und die Verwaltung deshalb auch nicht verschiedenen Möglichkeiten untersuchen werde. Die Untere Naturschutzbehörde werde um eine Einschätzung zu dem Thema gebeten und dann könne in einer der nächsten HFA-Sitzungen beraten werden.

Der HFA fasst folgenden

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Stimmabgabe:

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU Fraktion	2	3	
SPD Fraktion	3		
Bündnis90/Die Grünen	2		
Sonstige			
Bürgermeisterin	1		

5. Mitteilungen

Keine

6. Anfragen

6.1. Kommunales Kino - Herr Lennertz

Herr Lennertz erkundigt sich, wann nach der Fertigstellung der neuen Aula wieder mit dem Kommunalen Kino begonnen werde.

Herr Tauber berichtet, dass der nächste Film am 06.10.2019 gezeigt

werde.

6.2. Zustand des Kriegerehrenmals - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist auf den unschönen Zustand des Kriegerehrenmals hin. Zudem sei die Gedenktafel beschädigt. In der Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur am 04.07.2019 sei verwaltungsseitig mitgeteilt worden, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe Fördergelder für ein Schadensgutachten in Aussicht gestellt habe.

Frau Dirks bestätigt, dass das Bauwerk saniert werden soll. Für die Erneuerung der von der Suwelack-Stiftung gespendeten Gedenktafel lasse die Stiftung gerade Vorschläge erarbeiten.

6.3. Pflegezustand des neuen Friedhofes - Herr Wilkens

Herr Wilkens führt aus, dass mehrere Besucher den Pflegezustand insbesondere am Rand des neuen Friedhofes bemängelt und dies auch bei der Verwaltung angezeigt hätten. Herr Wilkens fragt nach, ob Abhilfe geschaffen werden könne.

Frau Dirks und Herr Messing weisen darauf hin, dass das Sauberkeitsempfinden mancher Bürger nicht mit dem übereinstimme, was die Verwaltung leisten könne. Die Beeinträchtigungen durch Laub in den Hecken oder an Wegeseitenrändern seien rein optischer Natur, die Wege könnten ordnungsgemäß begangen werden.

6.4. Reinigung der Pflasterflächen in der Innenstadt - Herr Lennertz

Auf Nachfrage von Herrn Lennertz zur Zuständigkeit für die Reinigung in der Innenstadt teilt Frau Dirks mit, dass die Reinigungspflicht der meisten Innenstadt-Straßen auf die Anlieger übertragen worden sei. In der entsprechenden Satzung sei festgelegt, dass regelmäßig gefegt werden müsse. Demnächst würden die Anlieger vor Ort durch Mitarbeiter der Verwaltung darauf hingewiesen, dass sie selbst zuständig seien. Nach Markttagen oder besonderen Aktionen in der Innenstadt übernehme dagegen die Stadt die Reinigung.

6.5. Wasserspender in den Schulen - Herr Lennertz

Herr Lennertz erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zur Anschaffung von Wasserspendern für die Schulen.

Herr Messing teilt mit, dass die Maßnahme noch umgesetzt werden müsse. Hierfür müssten Leitungen verlegt werden. Die Mittel seien für das nächste Jahr eingestellt bzw. Drittmittel würden eingeworben.

6.6. Schulbussituation - Herr Lennertz

An ihn sei herangetragen worden, so Herr Lennertz, dass montags mehrere Kinder nach der 5. Stunde nicht befördert worden seien.

Herr Messing schildert die Situation und teilt mit, dass die Beförderung durch den Bürgerbus sichergestellt wurde.

6.7. Herstellung des Spielplatzes im neuen Wohngebiet "Am Südberg" - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, wann der Spielplatz hergestellt werde. Die Anlieger würden hierauf warten.

Frau Dirks sagt zu, die Antwort nachzureichen.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin